

## **Antrag**

**der Abg. Alena Fink-Trauschel u. a. FDP/DVP**

### **Abfrage zur aktuellen Lage der „Gehsteigbelästigung“**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie die „Gehsteigbelästigung“ vor medizinischen Einrichtungen, die Abtreibungen anbieten und darüber aufklären, in Baden-Württemberg derzeit erfasst und dokumentiert wird;
2. welche Arten von Belästigung und Störungen in den letzten zehn Jahren vor solchen medizinischen Einrichtungen gemeldet wurden;
3. wie sich die Anzahl der gemeldeten Fälle von „Gehsteigbelästigung“ in den letzten zehn Jahren entwickelt hat;
4. welche Auswirkungen die „Gehsteigbelästigung“ auf die Angebote der medizinischen Einrichtungen hat;
5. welche Unterstützung sie den betroffenen medizinischen Einrichtungen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Bewältigung von „Gehsteigbelästigungen“ bietet;
6. welche Maßnahmen sie ergreift, um die Bürgerinnen und Bürger über die Problematik der „Gehsteigbelästigung“ aufzuklären;
7. ob es diesbezüglich spezifische rechtliche Verordnungen gibt und wie die Einhaltung dieser rechtlichen Regelungen überwacht und durchgesetzt wird;
8. welche Ressourcen sie zur Verfügung stellt, um auf gemeldete Fälle von „Gehsteigbelästigung“ angemessen zu reagieren;
9. welche präventiven Maßnahmen ergriffen werden, um solche Arten von Belästigung vor medizinischen Einrichtungen in Baden-Württemberg zu reduzieren;
10. wie die langfristige Strategie zur Reduzierung der „Gehsteigbelästigung“ vor medizinischen Einrichtungen aussieht.

6.5.2024

Fink-Trauschel, Brauer, Bonath, Haußmann, Hoher, Dr. Jung, Dr. Kern, Reith FDP/DVP

## Begründung

Die Problematik der „Gehsteigbelästigung“ vor medizinischen Einrichtungen, insbesondere solchen, die Schwangerschaftskonfliktberatungen oder Schwangerschaftsabbrüche anbieten, muss auch in Baden-Württemberg angemessen angegangen werden.

Angesichts der jüngsten Entwicklungen auf nationaler Ebene, wie dem Beschluss Zweites Gesetz zur Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes (SchKG) zum Schutz der Betroffenen und des Fachpersonals vor solchen medizinischen Einrichtungen, ist es dringend erforderlich, dass auch auf Landesebene Maßnahmen ergriffen werden. Wenn Frauen zunehmend mit Belästigungen und Einschüchterungen vor Einrichtungen konfrontiert sind, die Schwangerschaftskonfliktberatungen oder Schwangerschaftsabbrüche anbieten, ist es umso dringender erforderlich, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass Frauen in Deutschland frei von Belästigung und Einschüchterung sind und dass ihr Recht auf Selbstbestimmung respektiert wird.

Der Antrag zielt darauf ab, die Landesregierung zu ersuchen, über die Erfassung, Prävention und das Vorgehen der sogenannten „Gehsteigbelästigung“ in Baden-Württemberg zu berichten, um effektive Maßnahmen und Strategien zur Verbesserung der Situation zu entwickeln und Frauen noch besser zu schützen.